

Seite 3

Mehr Grün für mehr
Gerechtigkeit - Konzepte gegen
die neue Klassengesellschaft

Seite 4 und 5

Um Steuern für mehr
Gerechtigkeit - Das grüne
Finanz- und Steuerkonzept

Seite 6

So bewegen wir was -
Kreativer Wahlkampf in der
Region

GRÜNE SEITEN



BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN IN DER REGION HANNOVER

Ein bezahlbares Zuhause, Kinderförderung und Weltoffenheit

Ein grüner Oberbürgermeister für Hannover kann schon bald Realität werden. Im Interview erklärt Spitzenkandidat Lothar Schlieckau den Wahlkampf und die wichtigsten Themen.

Lothar, am 12. März 2013 bist Du auf der Mitgliederversammlung des Stadtverbandes zum Oberbürgermeister-Kandidaten für die Wahl am 22. September aufgestellt worden. Wie hast Du die Zeit bisher erlebt?

Es war der richtige Schritt. Bei unzähligen Terminen, Gesprächsrunden, Auftritten und Begegnungen erlebe ich wie stark grüne Politik in der Stadtgesellschaft verankert ist und über die Grenzen des engeren Sympathisantenkreises anerkannt wird. Ich erfahre viel Zuspruch und Unterstützung. Diese positive Bestätigung bestärkt mich, mit vollem Einsatz das erste Wahlziel – die Stichwahl – zu erreichen.

Wie sieht Dein Wahlkampf aus?

Mit meinem hervorragend motivierten Wahlkampfteam haben wir eine ambitionierte Kampagne entwickelt und umgesetzt: Ein eigener Facebook-Auftritt und eine eigene Internetseite, ein Videospot fürs Netz, Visitenkarte, Kurzflyer, Programmflyer und nicht zuletzt ausgezeichnete Themenplakate und ein Kopfplakat. Es werden die unterschiedlichsten Aktionen, auch zusammen mit den Stadtteilgruppen und mit Silvia und Sven, den beiden DirektkandidatInnen für den Bundestag, stattfinden.

Das geht von traditioneller Standwerbung über Bürgerbrunch, Fahrradrundtouren, Boulespielaktion, Frühschoppen, Fußballturnier, Kleingartentour, Lesung, Theateraufführung, Kneipen- und Kiosktour-



Lothar Schlieckau unser Oberbürgermeisterkandidat

Foto © Sven Brauers

ren bis hin zu Aktionen vor Werk-toren und Podiumsdiskussionen. Ein bunter, interessanter Strauß von Aktionen mit vielen Begegnungsmöglichkeiten mit der Bevölkerung und der Möglichkeit sich zu beteiligen.

Was sind deine inhaltlichen Wahlkampf-schwerpunkte?

Die drei zentralen Themen sind:

1. Ein bezahlbares Zuhause für alle!
2. Kinder fördern!
3. Weltoffen gewinnen alle!

Wie sollen diese Punkte umgesetzt werden wenn du Oberbürgermeister wirst?

1.) Ein bezahlbares Zuhause für alle ist nicht nur wünschenswert, sondern hat für mich oberste Priorität. Um dieses Ziel zu erreichen, werde ich als Oberbürgermeister mit allen relevanten Akteuren, wie der Stadtverwaltung, der Wohnungswirtschaft, dem Mieterbund, Haus und Grund und dem Land Niedersachsen ein Bündnis schließen. Wir brauchen dringend eine gemeinsame Handlungsstrategie zur Schaffung von bezahlbarem Wohnraum durch Neubau, Umnutzung, Sanierung und neue Wohnformen auf der Basis des vom Rat beschlossenen Wohnkonzeptes 2025.

2.) Das die Jüngsten in der Stadt ihre Fähigkeiten entfalten können liegt mir besonders am Herzen. Deshalb gilt: der Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz ist sofort zu sichern und der Ausbau der Grundschulen zu Ganztags-schulen mit verlässlicher Betreuung ist vorrangig voranzutreiben.

3.) Eine weltoffene Stadt profitiert von dem großen Potenzial aller hier lebenden Menschen. Ich werde

deshalb einen Aktionsplan auflegen, mit dem gezielt Migrantinnen und Migranten für die Ausbildung und Beschäftigung bei der Landeshaupt-

stadt und ihren (kommunalen) Unternehmen gewonnen werden sollen. So können diese Potenziale in allen Bereichen der Verwaltung und Unternehmen entfaltet werden.



Für ein bezahlbares Zuhause

Foto © Sven Brauers

4.) Saubere, sichere und bezahlbare Energie durch unsere Stadtwerke - Das bedeutet 100 Prozent erneuerbare Energie in Hannover. Ein lohnenswertes Ziel für das ich alle gewinnen möchte - Verbraucherinnen und Verbraucher wie auch Produzentinnen und Produzenten.

5.) Fachkräftegewinnung für Hannover und der Ge-

nerationendialog werden weitere Themen eine ersten Jahresplanung im Amt sein.

Was wünscht Du Dir für die letzten Wochen des Wahlkampfes?

Dass alle Mitglieder des Stadtverbandes mit Begeisterung und Leidenschaft unseren Wahlkampf unterstützen und sich aktiv an den Wahlkampfaktionen beteiligen. Ganz besonders bedanken will ich mich an dieser Stelle bei meinem Wahlkampfteam Rahel, Katrin und Stefan.

RAHEL MISSAL
Geschäftsführerin SV
stadt@gruene-hannover.de



Editorial

In Hannovers Zeitungen hat sich im Vorfeld der bevorstehenden Wahlen ein bemerkenswerter Wandel eingestellt. Mit der Berichterstattung über den OB-Wahlkampf in Hannover konzentrieren sich die Pressevertreter auf alle drei Kandidaten gleichermaßen und stellen sie als gleichwertig dar. Wie von selbst hat sich damit Grün medial als dritte Volkspartei hier in der Region etabliert. Sicher ist das eine Reaktion auf die sehr guten Wahlergebnisse bei den vorangegangenen Kommunal- und Landtagswahlen, zeigt aber auch, dass unser Kandidat als kompetent wahrgenommen wird. Jetzt können wir gemeinsam gespannt sein, wie sich das sehr engagierte und fantasievolle Konzept, das Stadtverband und Lothar Schlieckau gemeinsam

erarbeitet haben, am Ende in den Ergebnissen bemerkbar macht.

Wir im Regionsvorstand empfinden die Arbeit der Grünen in der Landeshauptstadt als Rückenwind für die Wahlkampfarbeit in der Region für die Bundestagswahl. Es geht für uns Grüne dabei um sehr viel. Deshalb sind diese Grünen Seiten nur diesem einen Thema gewidmet.

Die ganzen Hoffnungen, die unsere WählerInnen mit der neuen rot-grünen Landesregierung und den vielen kommunalen rot-grünen Bündnissen in der Region verbinden, lassen sich in weiten Teilen nur mit einer gänzlich anderen Bundespolitik umsetzen. Es wäre ein schwerer Rückschlag für unsere begonnene

Arbeit, wenn Schwarz-Gelb im Bund mit der Merkelschen Politik des Ungefähren und unzähligen leeren politischen Versprechungen am 22. September erneut eine Mehrheit erreichen würde. Deshalb müssen wir noch einmal alle unsere Kräfte mobilisieren, damit weder Schwarz-Gelb, noch die große Koalition des Stillstands am Ende das Land regieren. Alle Menschen in der Region müssen durch unseren Wahlkampf bis zum 22. September klar erkennen: Einen echten Politikwechsel gibt es nur mit GRÜN! – Auf geht's...

DORIS KLAUNDE
ENNO HAGENAH
REGIONSVORSITZENDE

Grüne Konzepte gegen die neue Klassengesellschaft

MEHR GRÜN FÜR MEHR GERECHTIGKEIT!

Die Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung (FAS) gilt nicht gerade als linkes Kampfblatt. Wenn ausgerechnet sie mit dem Titel „Die neue Klassengesellschaft“ aufmacht, dann will das etwas heißen.



Reich und Arm - Eine soziale Spaltung

© ARTISTICCO, 2013, MIT GENEHMIGUNG VON SHUTTERSTOCK.DE

Mit etlichen Studien belegt die FAS, dass in Deutschland insbesondere die Aufstiegschancen gesunken sind. Das Fazit der AutorInnen fällt eindeutig aus: Die „unten“ haben immer weniger Chancen und die „oben“ machen aus Angst vor dem Abstieg die Schotten dicht. Mit ihrer Analyse stehen sie nicht allein da: „Postleitzahl entscheidet über Bildungschancen“ – „Der Anstieg der Lohnungleichheit ist ungebrochen“ – „Selten hat die CDU so klar Politik für Wohlhabende gemacht“. Das sind nur einige Zitate aus den Zeitungen der letzten Wochen. Die wachsende Ungerechtigkeit und die zunehmende Trennung der Lebenswelten in Deutschland wollen viele Menschen nicht mehr hinnehmen. Auch in unserem grünen Wahlprogramm spielt das Thema Gerechtigkeit eine zentrale Rolle. Für den

Wandel hin zu mehr Teilhabe, Solidarität, Zusammengehörigkeit und Gerechtigkeit müssen neben die „klassische“ Sozialpolitik Kurskorrekturen in den Bereichen Bildung, Arbeitsmarkt und Steuerpolitik treten:

Bei der Bildungs- und Betreuungsinfrastruktur hat Deutschland die größten Defizite. Darum setzen wir hier einen klaren Schwerpunkt. Der Ausbau der Infrastruktur nutzt allen Kindern – aber arme Kinder profitieren ganz besonders davon. Denn Armut ist viel mehr als der Mangel an Geld. Armut ist auch der Mangel an Bildung und Förderung. Nur mit Investitionen in Chancengerechtigkeit von Anfang an lässt sich die Vererbung von Armut stoppen.

Der Arbeitsmarkt ist durch eine doppelte Spaltung gekennzeichnet.

Dagegen wollen wir mit besseren Zugängen für Arbeitslose und gute Arbeit für alle angehen. Den Trend zur Prekarisierung von Arbeit werden wir mit dem Mindestlohn, weniger Leiharbeit und weniger Befristungen umkehren.

Starke Schultern können mehr tragen. Darum sollen Vermögende und Spitzenverdiener durch die befristete Vermögensabgabe und eine erhöhte Einkommensteuer stärker am Schuldenabbau und an der Finanzierung des Gemeinwesens beteiligt werden. Durch Subventionsabbau und den Verzicht u.a. auf Betreuungsgeld und die „Mövenpick-Steuer“ schaffen wir weitere Spielräume für Investitionen.

Mit der grünen Grundsicherung, der grünen Bürgerversicherung, der grünen Garantierente und dem grünen Pflegekonzept haben wir ein solidarisches Sicherungsnetz geknüpft, auf das sich jeder im Bedarfsfall verlassen kann: schnell, unbürokratisch und existenzsichernd.

Mit unserem Maßnahmenbündel für mehr Gerechtigkeit bauen wir Hürden ab und schaffen Chancen und Zugänge. Dafür lohnt es zu kämpfen und damit können wir auch im Wahlkampf überzeugen.

BRIGITTE POTHMER
Bundestagsabgeordnete
brigitte.pothmer@bundestag.de
bundestag.de



Das Grüne Finanz- und Steuerkonzept

UMSTEUERN FÜR MEHR GERECHTIGKEIT!

Die öffentliche Hand lebt von der Substanz. Seit zehn Jahren investiert der Staat weniger als zum Erhalt der Infrastruktur notwendig wäre. Die Folge: Schlaglöcher auf den Straßen, marode Brücken, in Klassenzimmern fällt der Putz von der Decke. Gleichzeitig wächst der öffentliche Schuldenberg. Gesamtstaatlich beläuft sich der Schuldenstand auf mehr als zwei Billionen Euro! Allein unter Merkel als Kanzlerin sind die Bundesschulden um 100 Milliarden Euro gestiegen.



Für mehr Gerechtigkeit und eine gute Zukunft unserer Kinder und Enkel

Foto Lizenz CC-BY-NC 2.0: Jakob Huber/Campact

Andererseits sind die Privatvermögen auf sieben Billionen Euro rasant angestiegen, wovon zwei Drittel im Besitz der obersten zehn Prozent der Bevölkerung sind. Die untere Hälfte der Bevölkerung hat de facto gar kein Vermögen.

Die Verschuldung auf allen öffentlichen Ebenen (Bund, Länder und Kommunen) wäre noch größer, wenn die Zinsen momentan nicht so niedrig wären. Die aktuellen Haushalte profitieren im Moment einzig und allein von einer Wette: dass für Staatsschulden weiter historisch niedrige Zinsen bezahlt werden müssen. Gute Bildung oder die Sanierung unserer Infrastruktur darf aber nicht von den Launen der Zinsentwicklung abhängen.

Das ist grüne Finanz- und Steuerpolitik - solide und solidarisch:

1. Ausgaben streichen und Subventionen abbauen

Um diese Zukunftsaufgaben zu finanzieren, kürzen wir unnötige Ausgaben, bauen Subventionen ab und heben die Steuern auf hohe Einkommen und Vermögen an. 65 Prozent der zusätzlichen Spielräume schaffen wir durch Ausgabenkürzungen und Subventionsabbau. Konkret heißt das: Wir wollen weg vom Dienstwagenprivileg, schaffen das unsinnige Betreuungsgeld ab oder nehmen die schwarz-gelbe Mehrwertsteuerermäßigung für Hoteliers zurück, um nur einige Beispiele zu nennen.

2. Familienförderung neu ausrichten

Wir wollen Kinder, nicht Ehen fördern. Das teure Ehegattensplitting nützt aber jedem vierten Kind gar nichts, da sie in Alleinerziehendenhaushalten oder bei unverheirateten Paaren aufwachsen. Wir wollen das Ehegattensplitting ersetzen. Das wollen wir allerdings sozialverträglich und schrittweise tun. Wir begrenzen in einem ersten Schritt den Steuervorteil eines Ehepaars auf maximal 1.500 Euro. Berührt werden durch diese Reform nur Ehen, in denen die Einkommen sehr ungleich zwischen den PartnerInnen verteilt sind und in denen das HauptverdienerInnen-einkommen sehr hoch ist. Bei

Paaren mit nur einem Einkommen und zwei Kindern fallen zum Beispiel erst bei ca. 78.000 Euro Jahreseinkommen etwas höhere Steuerzahlungen an.

Alle Einnahmen aus dieser Reform werden wir Cent für Cent in bessere Kitas und Schulen und den Aufbau einer Kindergrundsicherung investieren. Mit der Kindergrundsicherung sagen wir: Jedes Kind ist gleich viel wert. Als ersten Schritt wollen wir Kinder aus Gering- und NormalverdienerInnen-Familien besser fördern, der Kinderfreibetrag bleibt bei seiner jetzigen Höhe. Eine Familie mit zwei Kindern und einem Einkommen von 45.000 Euro erhält so zum Beispiel 528 Euro pro Jahr mehr als heute.

3. Wir entlasten 90 Prozent

Mit unseren steuerpolitischen Vorschlägen entlasten wir kleine und mittlere Einkommen. Wir senken die Steuern für alle Haushalte mit einem Jahresbruttoeinkommen unter 60.000 Euro. Erst ab einem Jahreseinkommen von knapp 70.000 Euro und darüber fallen bei Ledigen höhere Steuern an – bei 70.000 Euro sind das zum Beispiel rund 50 Euro mehr im Jahr.

Unsere Vorschläge stärken die allermeisten Haushalte! Sie betreffen nicht die breite Mittelschicht, sondern nur die zehn Prozent einkommensstärksten Haushalte. 90 Prozent würden nach unseren Plänen keine höheren Steuerbeiträge leisten.

Wir wenden uns mit unseren Vorschlägen an alle, die wissen, dass mehr Investitionen in Bildung, Betreuung und Teilhabe notwendig sind. Für mehr Gerechtigkeit und eine gute Zukunft für unsere Kinder und Enkel! Das geht nur mit einer soliden Finanzierung unseres Gemeinwesens.

4. Klare Prioritäten für Zukunftsinvestitionen und Schuldenabbau

Im Gegensatz zu dem Wunsch-Dir-Wahlprogramm der CDU und dem damit geplanten Wortbruch mit Ansage von Angela Merkel, haben wir Grüne unser Programm durchgerechnet und klare Prioritäten gesetzt. Die Mehreinnahmen aus Ausgabenkürzungen, Subventionsabbau und unseren Steuerveränderungen investieren wir in Kitas, Schulen und Infrastruk-

tur. Wir wollen in Bund, Ländern und Kommunen über 10 Milliarden Euro mehr für Hochschulen, Ganztagschulen und Kitas investieren. Außerdem investieren wir 3,5 Milliarden Euro in die Energiewende und in den Klimaschutz. So entstehen neue Arbeitsplätze.

Die Vermögensabgabe baut jedes Jahr 10 Milliarden Euro Schulden ab. Zusätzlich planen wir sieben Mil-



Auf einem Bierdeckel erklärt Sven-Christian Kindler kurz und knapp das grüne Finanz- und Steuerkonzept

liarden Euro in Bund, Ländern und Kommunen für die Haushaltskonsolidierung ein. Sechs Milliarden Euro investieren wir in bessere Sozialleistungen, wo es am nötigsten ist: Wir finanzieren damit den Einstieg in die Kindergrundsicherung, einen verfassungsfesten ALG-II-Regelsatz, höhere Leistungen für arme Kinder und die Garantierente als Schutz vor Altersarmut.

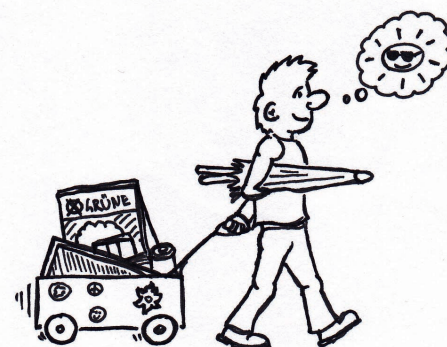
SVEN CHRISTIAN KINDLER
Bundestagsabgeordneter
sven-christian.kindler@
bundestag.de



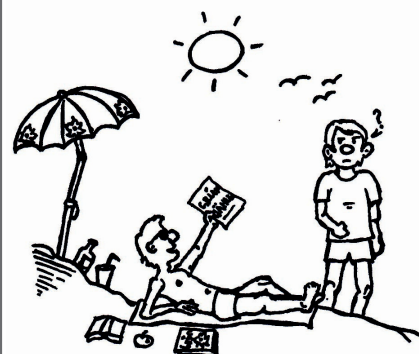
WAHLKAMPF 2013



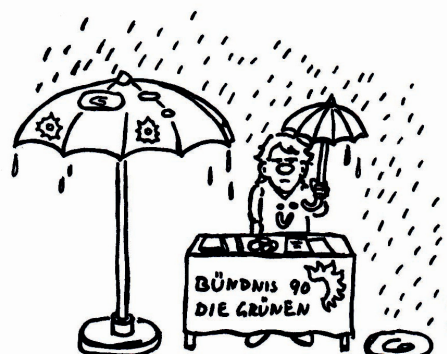
NACH DEM LANGEN UND HARTEN LANDTAGSWAHLKAMPF IM WINTER ...



... IST DIE FREUDE GROSS AUF EINEN BUNDESTAGSWAHLKAMPF IM AUGUST / SEPTEMBER.



IN DER ERWARTUNG EINES HEISSEN SOMMER WAHLKAMPFS WIRD SCHNELL VERGESSEN ...



... DASS AUCH DIESER WAHLKAMPF IN HIESIGEN GEFILDEN AUSGETRAGEN WIRD.

Sven-Christian Kindler - WK 42

KAFFEEKLATSCH MIT KINDLER

Der Politikwechsel ist möglich, kommt aber nicht von allein. Die Landtagswahl in Niedersachsen hat gezeigt: Wer bis zum letzten Tag kämpft, kann auch gewinnen. Auf geht's mit einem engagierten und kreativen Wahlkampf. Gemeinsam und solidarisch können wir was bewegen!

Ich plane Kiosktouren, ein Fußballturnier, vegetarisches Grillen, viele Infostände und Diskussionsabende zum grünen Steuerkonzept. Da am 22. September jede Stimme zählt, will ich mit meinem Angebot „Kaffeeklatsch mit Kindler“ Politik

auch ins Wohnzimmer oder die WG-Küche tragen und die WählerInnen im direkten Austausch von grüner Politik überzeugen. Die Hausbesuche, zu denen ich nach Voranmeldung Kaffee, Kuchen, Obst oder Getränke mitbringe, werden sowohl von Privatpersonen als auch von Einrichtungen gut angenommen. Dabei sind die Themen genauso vielfältig wie unser Programm.

Alle Infos zu „Kaffeeklatsch mit Kindler“ findest du hier:

<http://www.sven-kindler.de/kaffeeklatsch/anmeldung>

ABI DOGAN - WK 47

ANDERS!

Ideen für einen alternativen Wahlkampf sammelten die Grünen in Barsinghausen bei Wolfgang Nafroth, Autor verschiedener Bücher zum Thema Aktionsideen. In den kommenden Wochen werden Bodenzeitungen, Schilderserien am Straßenrand und Demonstrationen von Stofftieren in Barsinghausen die Aufmerksamkeit der Wählerinnen und Wähler auf sich ziehen.

Weitere tolle Ideen findet ihr auf:

www.aktionsideen.com &

<https://wurzelwerk.gruene.de>

BUNTE MISCHUNG

Silvia Klingenburg-Pülm - WK 41

Seit Mitte Juli bringen die Stadtteilgruppen meines Wahlbezirkes und ich an verschiedenen Orten „Kaffeeklatsch-Karten“ unter die Leute und führen viele Aktionen durch. Dazu gehören Radtouren wie in Vahrenwald/List (19. August), eine Kaffeetafel in der Lister Meile (23. August), eine Verteilaktion der Fahrradsattelschoner und eine Fahrt mit dem Conference-Bike durch die

Stadtteile am letzten Samstag vor der Wahl. Dank der Vorschläge des Bundesverbandes zu Aktionen am Stand wie zum Beispiel „Wohin mit deinen Steuern“ können wir diesen Wahlkampf mit vielen Mitmachaktionen gestalten und darüber mit den Menschen vor Ort ins Gespräch kommen. Ich freue mich auf die gemeinsamen Wahlkampfstände in den verschiedenen Stadtteilen!

Wie sieht bei euch kreativer Wahlkampf aus?

Schickt eure schönsten Fotos aus dem Sommerwahlkampf 2013 an:

region@gruene-hannover.de

Wolf von Nordheim - WK 43

GRÜNE HÜHNER

Kreativer Wahlkampf im Umland von Hannover geht mitunter besondere Wege: In Burgdorf haben die Grünen die Erzeuger-Verbraucher-Gemeinschaft „GrüneHühner“ initiiert. Gegen das Angebotsmonopol fabrikartig „erzeugter“ Hühner soll damit die Möglichkeit geschaffen und gefördert werden, Schlachthühner in artgerechter Freilandhal-

tung, medikamentenfrei und mit Futter aus heimischem ökologischen Anbau aufzuziehen und zu einem fairen Preis den Verbrauchern anzubieten. Wolf von Nordheim suchte und fand in Bauer Sudenburg aus Wienhausen denjenigen, der „auf Bestellung“ gesunde und „grüne“ Hühner liefert.



Danke Hans und Brigitte

Güner Wechsel im Rathaus

Danke Hans! Damit bringen wir die Verdienste von Hans Mönninghoff zur Verabschiedung in den Ruhestand nach 24 Jahren als Umweltdezernent, 16 Jahren als Erster Stadtrat und acht Jahren als Wirtschaftsdezernent auf den Punkt.



Lothar Schlieckau und Hans Mönninghoff vor schwimmender Insel

Mit einem Empfang der grünen Ratsfraktion am 29. Juli im Gartensaal haben wir seine engagierte und erfolgreiche Arbeit mit einer schwimmenden Insel auf dem Maschteich gewürdigt und auf sein Wohl angestoßen. Bärbel Höhn, stellvertretende Fraktionsvorsitzende der Grünen Bundestagsfraktion, grüßte per Videobotschaft. Unter

den Gästen befand sich auch Sabine Tegtmeyer-Dette, die seit dem ersten August die Nachfolge von Hans als Erste Stadträtin sowie Dezernentin für Wirtschaft und Umwelt antrat.

Danke Brigitte! Dr. Brigitte Vollmer-Schubert seit 1998 Gleichstellungsbeauftragte und Leiterin des Referates für Frauen und Gleichstellung ging Ende Juli 2013 nach 15 Jahren als Grüne in dieser wichtigen Funktion in den Vorruhestand. Zum Abschied und zur Würdigung ihres Engagements gab es am 2. Juli eine Tour mit dem Conference-Bike zu wichtigen Stationen ihrer Arbeit im Stadtgebiet: Mütterzentrum / Mehrgenerationenhaus in Döhren, Violetta - Fachberatungsstelle für sexuell missbrauchte Mädchen und junge Frauen im Zooviertel und das Mädchenhaus – Beratung, Betreuung, Prävention e.V. in Linden-Nord. Daran teilgenommen haben unter anderem auch unser grüner OB-Kandidat für Hannover, Lothar Schlieckau sowie Friederike Kämpfe. Sie ist seit dem ersten August die Nachfolgerin von Brigitte als Gleichstellungsbeauftragte sowie Leiterin



Foto © GRÜNE

v.l.n.r.: Sabine Nolte-Vogt, Lothar Schlieckau, Brigitte Vollmer-Schubert, Friederike Kämpfe, Eva Vojionovic

des Referates für Frauen und Gleichstellung.

Gemäß dem Arbeitsprogramm von SPD und Grünen, das nach der letzten Kommunalwahl für die Ratsperiode 2011-2016 gemeinsam verabredet worden war, hatten die Grünen ein Vorschlagsrecht für die beiden Besetzungen.

GÜNTER WULFERT

Geschäftsführer

Ratsfraktion

gruene@hannover-stadt.de



HannoverGEN an Schulen beendet

Erfolg gegen Gentechniklobby

HannoverGEN ist ein von CDU und FDP initiiertes Modellprojekt, das bis zum Sommer 2013 an vier Schulen in der Region Hannover lief. Vom Bündnis Gentechnikfreie Landwirtschaft, Stadtschülerrat und GRÜNEN wurde das Projekt als tendenziös kritisiert. Zwar gab es zeitweise recht heftigen Gegenwind, letztendlich konnten wir aber gemeinsam mit Eltern, Schülerinnen und Lehrerinnen einen Antrag beschließen. Dieser garantiert das Fortbestehen der Biologie-Labore und beendet HannoverGEN.

Bezahlt wurde HannoverGEN nicht vom Kultusministerium (MK),

sondern u.a. vom FDP-geleiteten Landwirtschaftsministerium. Da macht sich der Bock zum Gärtner. Das MK als oberste Schulbehörde muss für Lehrkräfte und Unterrichtsmaterial sorgen. Es ließ sich allerdings das Heft aus der Hand nehmen - auch der Agro-Gentechnik-Konzern KWS war involviert.

CDU und FDP hatten behauptet, eine gute Ausstattung der Biologietrakte könne es nur mit HannoverGEN geben. Dass das kompletter Unfug ist, beweist schon die Zuständigkeit: Das Land schreibt Unterrichtsinhalte vor und stellt Lehrkräfte. Die Kommune ist als Schulträgerin

für die physische Ausstattung zuständig. Sanierte Klassenräume wurden als Köder benutzt, um Teilnahme an fragwürdigen Projekten zu generieren. Abgeschafft haben wir darum HannoverGEN, nicht die Biologieräume. Wir verhindern so die weitere Nutzung der tendenziösen Unterrichtsmaterialien und tolerieren auch nicht, dass Lehrerinnen zu Fortbildungen bei Gentechnik-Lobbyisten geschickt werden.

PAT DRENSKE

**Umweltpolitischer Sprecher
der Ratsfraktion Hannover
rat@pat-drenke.de**





BERICHT AUS DEM LANDTAG

Nachdem wir Ende Mai die ersten 100 Tage Regierungsverantwortung geschafft haben, ist wieder einiges passiert und Wichtiges auf den Weg gebracht worden.

Hin zu einem ökologischen, sozialen und gerechten Niedersachsen sind die ersten Erfolge zu verbuchen. Zunächst gilt es, den durch die schwarz-gelbe Regierung geprägten Haushalt für 2013 zu managen, um dann den Haushalt 2014 mit neuen Akzenten zu gestalten.

Ein großes Thema der ersten Monate war die Wiedereinführung der **Stichwahlen**, womit wir besonders in starken grünen Kommunen demokratischen Spielraum zurückgewonnen haben. Wir freuen uns auf die anstehende Wahl im September und drücken Lothar die Daumen. Die beste Idee für Hannover!

Eine weitere wichtige Initiative haben wir im Juni-Plenum verab-

schiedet: Wir fordern die Landesregierung auf, die Einführung eines gesetzlichen **Mindestlohns** im Bundesrat zu unterstützen. Wir dürfen nicht ein subventionierter Billigarbeits-Spitzenreiter zulasten unser Handelspartner in der EU bleiben.

150 Tage Rot-Grün in Niedersachsen

In Niedersachsen übernehmen wir dafür Verantwortung durch ein neues **Landesvergabegesetz**. Die Einhaltung von Tariftreue und Mindestlohn soll – über die bisherige Beschränkung auf den Baubereich hinaus – für alle Bereiche der öffentlichen Auftragsvergabe gelten. Davon profitieren beispielsweise Beschäftigte im Wach- und Sicherheitsgewerbe, LeiharbeiterInnen sowie FahrerInnen im Bus- und Schülerverkehr.

Mit uns gibt es mehr Mensch-

lichkeit im Umgang mit **Flüchtlingen**, nachdem wir die herabwürdigende Gutscheinpraxis de facto abgeschafft haben. Außer in drei Landkreisen gibt es für AsylbewerberInnen nun Bargeld.

Die Novellierung des **Schulgesetzes** macht es endlich möglich, vierzügige – in Ausnahmefällen dreizügige – IGSen zu gründen. Zudem lassen wir das Abitur an IGSen nach 13 Jahren wieder zu. Damit haben Kinder und Jugendliche mehr Zeit und Raum für ihr eigenes Tempo beim Lernen.

Bei der **Atom-Endlagersuche** haben wir unseren Grünen Forderungen – wie dem Ausschluss weiterer Transporte nach Gorleben oder anderer Zwischenlager in Niedersachsen – per Antrag Nachdruck verliehen. Jetzt müssen Merkel und Altmaier liefern!

MAARET WESTPHELY, BELIT ONAY, THOMAS SCHREMMER



BERICHT AUS DEM BUNDESTAG

Die Wahlperiode endete mit einer wahren Marathonsitzung im Bundestag. Zwei Entscheidungen möchte ich besonders hervorheben. Das **Endlagersuchgesetz** wurde verabschiedet und hat inzwischen auch den Bundesrat passiert. Damit ist endlich der Weg frei für eine bundesweite Endlagersuche. Das bedeutet gleichzeitig, dass nach über 30 Jahren die Vorfestlegung auf Gorleben als Lagerstätte für hochradioaktiven Müll gekippt ist. Als gebürtige Wendländerin bin ich darüber besonders glücklich. Nun wird es darauf ankommen, den weiteren Prozess genauso kritisch wie bisher zu begleiten.

Zweites Highlight war die steuerliche **Gleichstellung von Lebenspartnern**. Wieder war es das Bundesverfassungsgericht, das mit einem Urteil Druck auf die schwarz-

gelbe Koalition gemacht und sie damit zum Jagen getragen hat. Seit 2009 gab es sage und schreibe sechs Urteile des Bundesverfassungsgerichts wegen der fortgesetzten Diskriminierung von Schwulen und Lesben. Trotzdem ist die Bundesregierung nie selbst tätig geworden. Dafür verantwortlich ist die CDU/CSU, die lieber Homosexuelle diskriminiert hat, als ihr überholtes Familienbild an die gesellschaftlichen Realitäten anzupassen.

Das Ende der Wahlperiode ist auch die Zeit, **Bilanz** zu ziehen. In meinem Fokus steht da natürlich Arbeits- und Sozialministerin von der Leyen. Ihr Zeugnis fällt – wenig überraschend – schlecht aus. Im Ankündigen gerade bei der Rente war von der Leyen groß, umgesetzt hat sie **Nullkommanichts**. Ihr so genanntes Bildungs- und Teilhabepaket ist

vor allem ein Bürokratiemonster und statt in Arbeitslose zu investieren, hat sie sie abgehängt. Jüngst korrigierte die Bundesagentur für Arbeit ihre Arbeitsmarkt-Prognose. Die Hochzeiten am Arbeitsmarkt sind vorbei. Ministerin von der Leyen hat es verpasst, die gute konjunkturelle Phase für notwendige Reformen zu nutzen: kein Mindestlohn, keine Minijobreform, kein Equal Pay in der Leiharbeit, keine Entgeltgleichheit von Frauen und Männern. Gute Arbeit und Ursula von der Leyen passen nicht zusammen. Es ist Zeit für einen Wechsel.

EURE BUNDESTAGSABGEORDNETE BRIGITTE POTHMER

Hannover

BERICHT AUS DEM RATHAUS

Wohnkonzept 2025: Ja, aber ...

Im Juni 2013 hat der Rat das Wohnkonzept 2025 beschlossen. Es war auf einen rot-grünen Antrag von Ende 2010 hin erarbeitet worden. Mit Wohnungsneubau, Bestandsentwicklung und Schaffung von preiswertem Wohnraum sollen zukünftige Anforderungen an den **Wohnungsmarkt** Hannovers abgedeckt werden. Aus unserer Sicht stellt das Konzept im Großen und Ganzen eine gute Handlungsgrundlage dar. Bei der konkreten Umsetzung über die nächsten Jahre ist allerdings darauf zu achten, dass der Anteil an Geschosswohnungen gegenüber Einfamilienhäusern erhöht wird. Das ermöglicht die Schaffung von mehr bezahlbarem Wohnraum bei geringerem Flächenverbrauch, was sozial- und umweltpolitisch sinnvoll ist.

Neubau von sozialem Mietwohnraum

Auf dem Wohnungsmarkt Hannover droht ein Mangel an preisgünstigen Ein- und Zweizimmer- bzw. großen familiengerechten Wohnungen. Vor dem Hintergrund erarbeitet die Verwaltung auf einen rot-grünen Arbeitsauftrag hin ein **kommunales Förderprogramm** zur Schaffung von preiswertem Wohnraum: Mit 600 Wohnungen in den nächsten sechs Jahren. Hierfür sind Flächen zu sichern. Dafür wird aktuell bereits an einzelnen Standorten über Bebauungspläne oder Grundstückskaufverträge die Vorgabe gesetzt, einen Teil der Geschosswohnungen (zum Beispiel 20 Prozent) als sozialen Mietwohnraum zu bauen.

Grüne Ratsfraktion auf facebook:
<http://gruenlink.de/eag>

Nachbarschaftskreise und UnterstützerInnenkreis für Flüchtlinge

Neben Unterkünften ist eine weitere wichtige **Aufgabe**, Flüchtlinge willkommen zu heißen und sie im Alltag zu unterstützen. Hierfür leisten Nachbarschaftskreise in Stadtteilen wichtige Beiträge, sei es durch Begleitung bei Behördengängen, Stadtteilsparcoursen oder einem Fest zur Begegnung im Stadtteil. In dem Zusammenhang freuen wir uns über den neu gegründeten „UnterstützerInnenkreis Flüchtlingsunterkünfte Hannover.“ Der Verein will weitere Nachbarschaftskreise in Stadtteilen mit Flüchtlingsunterkünften initiieren, diese durch Spendenaktionen unterstützen sowie Anregungen an Verwaltung und Politik geben.

EURE RATSFRAKTION



BERICHT AUS DER REGION

Mehr Menschen sollen auf den Nahverkehr umsteigen! Die Voraussetzung: Ein gutes Verkehrsnetz - das bietet die Region. Zum Fahrplan 2013/2014 wird das Bus- und Bahnangebot in der Region noch besser.

Ab Dezember 2013 werden die Buslinien 300, 500 und 700 häufiger fahren. Diese **Sprinterlinien** verbinden Umland und Stadt Hannover zukünftig auch samstagsabends bis zum Betriebsende im 30-Minuten-Takt. Dies ist ein gutes Angebot für viele, die bisher mit dem Auto zu Feiern, Konzerten und in die Kinos nach Hannover fahren. So kommt es hoffentlich auch zu weniger Fahrten mit Alkohol am Steuer.

Zudem fahren die S-Bahnen nachts bald öfter. An den Wochenenden fahren ab Dezember die Züge zwischen 0.00 und 4.00 Uhr

im 1-Stunden-Takt. Im nächsten Jahr sollen auch die zugehörigen Busverkehre in ein Gesamtkonzept eingearbeitet werden. Mit diesen Nacht-Linern und Nacht-Ruf-Taxis komplettieren wir dann das Nachtangebot!

Mehr Busse und Bahnen für die Region

Darüber hinaus wird die S2 zwischen Hannover und Barsinghausen Sonntag Nachmittag im 30-Minuten-Takt fahren, so wie die S5 nach Hameln seit dem Fahrplanwechsel. Für die kommenden Jahre sind weitere **Verbesserungen** geplant. Finanziert werden die Ausweitungen mit den Einsparungen durch bessere Ausschreibungskonditionen. Im Koalitionsprogramm konnten wir durchsetzen, dass diese Ausschreibungsgewinne „für den Ausbau des

Nahverkehrs reinvestiert“ werden. Zu den Fahrplänen 2013 und 2014 haben wir insgesamt ca. 8,5 Millionen Euro in Fahrplan-Ausweitungen gesteckt.

Diese Investitionen sind notwendig, weil wir unsere **Klimaschutzziele** ernst nehmen. Im Jahr 2009 hat die Regionsversammlung mit dem Verkehrsentwicklungsplan „pro Klima“ beschlossen, die CO₂-Emissionen im Personenverkehr um 40 Prozent bis zum Jahr 2020 gegenüber dem Basisjahr 1990 zu reduzieren. Das bedeutet, mehr Menschen müssen auf den Nahverkehr umsteigen und wir bieten hierfür auch in diesem Jahr neue Angebote.

EURE REGIONSFRAKTION

Mitbestimmung und Basisdemokratie gehören schon immer zu den wichtigsten Prinzipien der Grünen. Nach der allseits gelobten Kür der SpitzenkandidatInnen zur Bundestagswahl war der Mitgliederentscheid über grüne Handlungsschwerpunkte für eine Regierungsbeteiligung das zweite innovative Projekt der Parteispitze zur weiteren Verbesserung der innerparteilichen Diskussion und Demokratie. Die Beteiligung von gut einem Viertel der Mitglieder wird diese motivieren, sich im kommenden Wahlkampf stärker einzubringen.

Eine Mitgliederversammlung mit wenigen Formalien, aber dafür mit hochkarätigen RednerInnen und Fachleuten im Sommerfestambiente war das Ziel des Regionsvorstands für die Veranstaltung. Gut 130 Mitglieder des Regionsverbands Hannover kamen am 8. Juni in das Freizeitheim Ricklingen, um darüber zu diskutieren und abzustimmen, welche neun Projekte bei einer grünen Regierungsbeteiligung als erstes realisiert werden sollen.

Zum Auftakt der Veranstaltung führten Niedersachsens Justizministerin Antje Niewisch-Lennartz, Niedersachsens Umweltminister und stellvertretender Ministerpräsident Stefan Wenzel und der grüne Oberbürgermeisterkandidat Lothar Schlieckau in die drei Themenschwerpunkte ein.

Grüne Experten informierten

Antje Niewisch-Lennartz betonte: „Wir müssen den Blick für die Bereiche schärfen, die für das alltägliche Leben wichtig sind – die gesamte öffentliche Hand: Behörden, Polizei, Justiz und Strafvollzug. Wir brauchen dort einen Zugang für alle und eine Kommunikationsstruktur, die den Datenschutz auf der einen Seite und den Zugang zu allen öffentlichen Daten auf der anderen Seite gewährleistet.“

Stefan Wenzel sagte: „Wir stehen bei der Energie- und Klimapolitik für die neue Welt, die auf die ewigen Energiequellen Wind, Sonne, Wasserkraft und Bioenergie setzt. Die alte Welt der Kohle- und Atomkonzerne hat keine Zukunft mehr. Es

Mitglieder e

Hier bist DU entscheidend zur Bundestagswahl 2



Im Freizeitheim Ricklingen trafen sich etwa 130 Mitglieder. Diskussion wurde über die Kernthemen des B

ist unsere Aufgabe, den Übergang technisch und wirtschaftlich zu organisieren und dabei sozial gerecht zu gestalten.“

Lothar Schlieckau erklärte: „Einkommensgerechtigkeit, Bildungsgerechtigkeit und Teilhabegerechtigkeit sollten zentraler Bestandteil im Bundestagswahlprogramm sein, weil sonst die Gesellschaft noch mehr auseinander driftet.“

Nach kontroverser inhaltlicher Diskussion mit Expertinnen und Experten aus Verbänden und Initiativen wählten die Regions-Grünen am Ende nahezu die gleichen Projekte aus den Themenbereichen Energie- und Ökologie, Gerechtigkeit und moderne Gesellschaft, die auch bei der bundesweiten Abstimmung vorn lagen:

Im Bereich Ökologie und Energie- und Energie- lagen in Bund und Region die Themen „Massentierhaltung beenden“ (ein neues Tierschutzgesetz



Keinen Hahn im Korb: Enno, Antje, Lothar, Stefan und Doris

ntscheiden!

end! Die Top 9 Projekte 2013 in der Abstimmung



**10 Mitglieder aus der Region. Nach reichlich
Bundestagswahlkampf abgestimmt.**

für artgerechte Tierhaltung), „100 Prozent Erneuerbare Energien“ (für eine Energiewende in BürgerInnen-hand) und „Wirtschaftswachstum ist nicht das Maß aller Dinge“ (neue

Indikatoren für Wohlstand und Lebensqualität) auf den ersten drei Plätzen, wobei die Energiewende und die Kritik an der Massentierhaltung jeweils auch insgesamt die größte Unterstützung aller Spitzenprojekte bekamen.

Im Themenbereich Gerechtigkeit lagen in Bund und Region die Kritik an der Zwei-Klassen-Medizin (eine Bürgerversicherung für alle) und Niedriglöhne abschaffen (einen allgemeinen Mindestlohn einführen) klar an der Spitze. Darauf folgte bei der bundesweiten Abstimmung das Thema Finanzmärkte neu ordnen (eine Schuldenbremse für Banken) während in der Region das ganz ähnliche Thema Staatsverschuldung abbauen (Vermögensabgabe einführen) diesen dritten Platz belegte.

Moderne Gesellschaft

Auch im Themenfeld moderne Gesellschaft lag die Region im Bundestrend. Auf die ersten Plätze kamen „Abschaffung des Betreuungsgeldes“ (gute Kitaplätze besser ausbauen) und „Keine Rüstungsexporte zu Lasten von Menschenrechten“ (ein Rüstungsexportgesetz

beschließen). Den dritten Platz auf Bundesebene belegte hier „Rechts-extremismus entschieden entgegen-treten“ (Projekte gegen Rechts-extremismus systematisch fördern. In der Region kam das verwandte



Thema „Einbürgerung erleichtern“ (Rechte von Asylbewerbern stärken) auf den dritten Rang.

Auffällig war bei den Abstimmungen in Bund und Region, dass über die beiden wichtigsten Projekte in jedem der drei Themenbereiche ein hoher Konsens unter den Mitgliedern herrscht. Diese sechs Forderungen sollten daher von uns auch beim Plakatieren oder der Konzeption von Veranstaltungen zur Bundestagswahl in den Vordergrund gestellt werden.

Der Regionsverband, der größte Kreisverband der Grünen überhaupt, stellt in seiner Vielfalt offensichtlich einen guten Schnitt der grünen Befindlichkeit auch bundesweit dar. Wir sollten dem Bundesvorstand vorschlagen, bei zukünftigen kniffligen Entscheidungen einfach eine Abstimmung unter den Grünen in der Region Hannover zu organisieren, um ein repräsentatives Ergebnis zu erhalten.



Arbeitsgruppe im Sonnenschein: Diskussionen bei kühlen Getränken

ENNO HAGENAH

Vorsitzender RV

Enno.Hagenah@gmx.de



Neuer Energiesparbonus

Hartz-IV-Berechtigte bekommen Zuschlag für energetisch sanierten Wohnraum

Viele Menschen, die von so genannten Hartz-IV-Leistungen leben müssen, sind angewiesen auf preisgünstigen Wohnraum angewiesen. Die Krux: Preisgünstiger Wohnraum weist in der Regel keinen hohen energetischen Standard auf. In der Region Hannover und auch anderen Städten und Gemeinden ist in der Vergangenheit vermehrt Kritik aufgekommen, dass Leistungsberechtigte von hohen Modernisierungsstandards vermieteten Wohnraums ausgeschlossen seien. Der Hintergrund: Die Übernahme der Miet- und Heizkosten sahen bisher keinen Zuschlag für energetisch sanierten Wohnraum vor.



Sanierungsbedürftige Wohnung

Fotolizenz CC BY-SA 2.0: GRÜNE BERLIN

Seit der Neufestsetzung der Mietobergrenzen durch den Beschluss

tisch sanierten Wohnraum für Menschen, die Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch (SGB) II und XII beziehen. Dieser Energiesparbonus trägt dem mittlerweile bekannten Umstand Rechnung, dass in gut sanierten Wohnbeständen die Heizkosten um 50 Cent bis hin zu einem Euro unter vergleichbaren nicht energetisch saniertem Wohnraum liegen. Mit dem Bonus werden die Mietobergrenzen an einen Energiespareffekt gebunden. Der Zuschuss richtet sich dabei nach dem Energiebedarfsausweis.

Es geht dabei nicht um eine allgemeine Anhebung der Mietkostenübernahme, sondern ausschließlich eine Anpassung im Leistungsbezug des SGB II und XII. Zwei Seiten profitieren von diesem Konzept. VermieterInnen, die an diesen Berechtigtenkreis vermieten, haben jetzt die Chan-

ce ihren Wohnraum energetisch zu sanieren, ohne ihren MieterInnen kündigen zu müssen, weil die neue Nettokaltmiete die festgelegten Mietobergrenzen übersteigt. Und LeistungsbezieherInnen werden in die Lage versetzt, sich diesen energetisch verbesserten Wohnraum auch leisten zu können. Auch weitere VermieterInnen können jetzt nach einer energetischen Sanierung an Leistungsberechtigte mit erhöhter Nettokaltmiete vermieten, und damit bietet das Programm die Chance einer weiteren sozialen Durchmischung in den Wohnbeständen aller Vermieter in der Region – das ist der Fortschritt an diesem Konzept.

Über ein Controlling wird die Inanspruchnahme in den kommenden zwei Jahren begleitet und evaluiert. Wir wollen den eingeschlagen Weg weitergehen, denn über den Energiesparbonus haben wir die Chance, eine Gerechtigkeitslücke für die Menschen im Leistungsbezug zu schließen.

So gliedert sich der Energiesparbonus:

	abstrakt angemessene Wohnfläche	Bonusstufe I maximaler Bonusbetrag	Bonusstufe II maximaler Bonusbetrag	Bonusstufe III maximaler Bonusbetrag
1 Person	50	15,00	22,50	30,00
2 Personen	60	18,00	27,00	36,00
3 Personen	75	22,50	33,75	45,00
4 Personen	85	25,50	38,75	51,00
jede weitere Person	10	3,00	4,50	6,00

der Regionsversammlung am 14. Mai 2013 ist Schluss mit der verfehlten Leistungs politik. In einer Pilotphase von zwei Jahren gibt die Region einen Zuschlag für energie-

sung im Leistungsbezug des SGB II und XII. Zwei Seiten profitieren von diesem Konzept. VermieterInnen, die an diesen Berechtigtenkreis vermieten, haben jetzt die Chan-

BRIGITTE NIESSE
Regionsabgeordnete
niesse@plan-zwei.com



Grüne Seiten interaktiv

**Wir wollen mit euch
diskutieren**

Mehr Wind für die Region?

Unser Ziel ist bis 2050 die CO₂-neutrale Region zu erreichen. Dazu sind bis 2020 mindestens 40 Prozent CO₂ einzusparen. Ein zentraler Baustein ist für uns die Windenergie. Rot-grün hat sich auf eine Steigerung der Flächen von derzeit 0,8 Prozent auf 1,2 Prozent bis zum Jahr 2020 festgelegt. Aber wo sollen die neuen Anlagen entstehen?

Diskutiert mit uns die folgenden Fragen:

1. Brauchen wir noch mehr Windenergie oder reichen Investitionen in mehr Energieeinsparungen beziehungsweise Energieeffizienz?

2. Sollten wir in Zukunft vorhandene Standorte für höhere Anlagen nutzen (Repowering) oder müssen wir neue Standorte suchen?

3. Wollen wir die Windenergiestandorte auf wenigen, dafür großen Flächen konzentrieren oder sollten die Standorte in der Region verteilt werden?

4. Hilft es, heute neue Windenergiestandorte auszuweisen und sie, wie bei einer Übergangstechnologie, später zurückzubauen?

5. Müssen Flächen, wie zum Beispiel Vorrangflächen für Naherholung oder Schutzgebiete, in die Ausweitung von Windanlagen mit einbezogen werden?

Bitte schreibt eure Antworten oder Meinung an gruene@region-hannover.de

Sozialtarif

Ein Kommentar zur Monatskarte für Bus und Bahn



Sozialticket demnächst auch als Monatskarte

Endlich! Nach mehr als sechs Jahren hat die Regionsversammlung die Einführung einer Monatskarte für Menschen, die Transferleistungen in Anspruch nehmen müssen, beschlossen. Die neue Monatskarte-S wird am 15.12.2013 in der Region eingeführt.

Sicherlich, die Region hat durch die neue Monatskarte-S und das Tagesticket-S ein Angebot, dass es deutschlandweit in dieser Form nicht gibt. Darüber hinaus ist der Rabatt eine freiwillige Leistung der Region, mit der sie einen Teil der finanziellen Schwierigkeiten der Menschen aufnimmt, die Probleme haben einen Job zu finden, oder durch andere Schicksalsschläge nicht im vollen Umfang am gesellschaftlichen Leben teilhaben können. Ein Stück mehr Gerechtigkeit ist unser Ziel. Und das ist auf kommunaler Ebene der grüne Beitrag dazu.

Doch ist das Projekt „Sozialtarif“ damit abgeschlossen? Die Antwort heißt: Nein! Denn rundum zufrieden können wir als Sozialbereich der Fraktion nicht sein. Der Hintergrund: Zunächst hatte die Verwaltung im Verkehrs- und Sozialausschuss eine fünfzigprozentige Rabattierung bevorzugt. Die Berechnungen der

Kosten waren plausibel. Diesen Vorschlag hätten wir unterstützt. Dabei blieb es aber leider nicht. Der spätere Beschlussvorschlag sah plötzlich nur eine 40-prozentige Rabattierung vor. Wir reagierten sofort und unser Änderungsantrag sah weiterhin eine 50-prozentige Rabattierung vor.

Unsere Fraktion unterstützte diesen Antrag, doch die SPD-Fraktion lehnte den Vorschlag ab. Erstaunlich, denn der Sozialbereich der SPD stand auf unserer Seite. Nur zähneknirschend nahmen wir die Entscheidung hin. Allerdings bestanden wir darauf, dass eine 50-prozentige Rabattierung weiterhin das Ziel ist. Schließlich formulierten wir einen Kompromiss: Die Monatskarte-S wird evaluiert, um den Bedarf festzustellen. Und für die Kostenermittlung müssen Fahrgastzuwächse einkalkuliert werden. Das Thema ist noch nicht vom Tisch. Wir glauben, dass wir uns durchsetzen werden.

DORIS KLAUNDE
Vorsitzende
Regionsverband
dorisklawunde@aol.com



Weniger CO₂ durch Ökostrom

Region Hannover mit anspruchsvollen Klimaschutz-Zielen

Die Region Hannover hat sich anspruchsvolle Klimaschutzziele gesetzt: Bei der Neuausschreibung des Strombezugs für die Jahre 2014 und 2015 ist die oberste Anforderung die Verringerung des CO₂-Ausstoßes. Dies ist ein wichtiger Entschluss für den Klimaschutz, weil rund 43 Prozent der CO₂-Emissionen der Region auf den Energieträger Strom entfallen. Allerdings gilt es, einige Hürden zu nehmen.



Windräder in der Region Hannover erzeugen Ökostrom

Foto © Brigitte Niesse

Vergaberecht erschwert Beschaffung

Der Wechsel auf Ökostrom ist für die Privathaushalte und Gewerbebetriebe relativ leicht. Für öffentliche Institutionen wie die Region Hannover ist die Beschaffung viel schwieriger. Nach Vergaberecht dürfen nur Bedingungen gestellt werden, die sich direkt auf das gelieferte Produkt beziehen. Deshalb ist es für die Region ausgeschlossen, vom Anbieter den Verzicht auf Verkauf von konventionellem oder Atomstrom an andere Kunden zu fordern.

Mehr noch, eine öffentliche Institution wie die Region muss sogar bei der Ausschreibung solchen Ökostrom ausschließen, für den bereits eine Einspeisevergütung durch das EEG gewährt wurde. Das Gesetz

sieht vor, dass nur Bedingungen gestellt werden dürfen, die einen Zusatznutzen für die Umwelt erreichen. Dieser Nutzen ist beim EEG aber schon einmal erreicht. Hier hält doppelt genäht nicht besser.

Ökostrom aus dem Ausland

Die Konsequenz aus dem Vergaberecht: Für die Belieferung öffentlicher Institutionen mit Ökostrom kommen fast ausschließlich ausländische Anlagen infrage. Wenn diese nicht wie in Deutschland staatlich gefördert werden. Das ist in der Regel Strom aus österreichischen oder norwegischen Wasserkraftanlagen. Da es insgesamt ein deutliches Überangebot an solchem Ökostrom gibt, würde kein Impuls zum Neubau von Anlagen geliefert.

CO₂-Emissionen durch Ausschreibung senken

Einen Umweltnutzen erreicht die Region dadurch, dass sie zusätzlich zu der bisher geforderten atomkraftfreien Erzeugung einen Maximalwert von 500 g/kWh an CO₂-Emissionen vorgibt. Dieser Wert ist mit Kohlestrom nicht zu erreichen, wohl aber zum Beispiel mit Strom aus Gaskraftwerken. Künftig kann im Zuge der technologischen Entwicklung dieser Wert gesenkt werden. Derzeit aber bewirkt die Senkung des Maximalwerts auf 400g/kWh – wie sie der Rat der Stadt Hannover fordert – allenfalls, dass der angebotene Strom teurer wird, weil er scheinbar strengeren Vorgaben folgt.

Selbstverständlich sucht die Region auch nach weiteren Wegen, klimaneutral Strom zu beschaffen – etwa mit dem Bau von Blockheizkraftwerken (BHKW), wo immer möglich, mit dem Ausbau von Solartechnik. Auf absehbare Zeit wird die Region Hannover aufgrund der benötigten Mengen jedoch weiterhin Strom einkaufen müssen.

ANDREA FISCHER
Finanzdezernentin
andrea.fischer@
region-hannover.de



Vielfalt von Nutzpflanzen in Gefahr

Ein Interview mit BUND-Geschäftsführerin Sibylle Maurer-Wohlatz

Jedes Frühjahr veranstaltet der BUND Hannover Pflanzenbörsen mit alten Tomaten- und Gemüsesorten. Doch in diesem Sommer graben sich tiefe Sorgenfalten in das Gesicht von Sibylle Maurer-Wohlatz, wenn sie über die Pflanzenbörsen und ihr Hobby – die Kultivierung alter Sorten – spricht. Der Grund kommt von der EU.

Frau Maurer-Wohlatz, was macht Ihnen solche Sorgen?

Nachdem bereits 90 Prozent der Sortenvielfalt von Kulturpflanzen in den letzten 100 Jahren in Europa unwiederbringlich verloren ging, bedroht nun die EU-Kommission mit einem Gesetzesentwurf auch noch die letzten zehn Prozent der samenfesten Sorten. Die EU Kommission will plötzlich die nicht-kommerzielle Vermehrung von Saatgut regulieren. Vereine, kleine Betriebe und Hobbygärtner dürften dann einfach kein samenfestes Saatgut mehr gegen Kostenerstattung oder Spende abgeben. Auch die Abgabe von Tomatenpflanzen aus altem Saatgut, so wie wir es jedes Jahr bei den Pflanzenbörsen machen, wäre illegal. Unreguliert bliebe dann nur noch reiner Tausch, z.B. zehn Tomaten gegen zwölf Bohnensamen.

„Samenfeste“ Sorten?

Bauern und Gärtner hielten in der Vergangenheit immer einen Teil der Ernte als Saatgut für die nächsten Saison zurück. Alte Sorten lassen sich immer wieder vermehren, das nennt man „samenfest“. Bei den von der Saatgutindustrie verkauften sogenannten Hybridsorten ist das anders. Bei Wiederaussaat der Samen spalten sie sich auf in vielfältige Sorten mit unterschiedlichen Eigenschaften. Deshalb muss Hybridsaatgut jedes Jahr neu gekauft werden. Dieses Geschäftsmodell lassen sich die Saatgutfirmen – überwiegend große transnationale Konzerne – nicht entgehen. Die drei größten Saatgutkonzerne beherrschen inzwischen 50 Prozent des Saatgutmarktes.

Was macht den EU-Gesetzesentwurf aus Ihrer Sicht so bedrohlich?

Der Entwurf zielt darauf, den Handel mit seltenen oder alten Sorten ohne ökonomische Bedeutung plötzlich zu regulieren. Sorten, die bisher noch nicht auf der EU-Sortenliste registriert sind, dürften ohne aufwändige amtliche, teure Zulassung nicht in Verkehr gebracht werden. Ist das nicht absurd?

Das klingt in der Tat unglaublich.

Das Schlimme daran ist, dass damit ein Kulturerbe der Menschheit bedroht ist. Seit die Menschen Landbau betreiben, also seit über 10.000 Jahren, entstanden weltweit Kulturpflanzen mit einem breiten genetischen Spektrum, die optimal an die jeweiligen lokalen Bedingungen und Bedürfnisse angepasst sind. Die Industriesorten der großen Konzerne wurden nur auf der Basis weniger Sorten gezüchtet

Warum muss Saatgut denn überhaupt zugelassen werden?

Die Frage stellen sich viele. Dass Arzneimittel zugelassen werden müssen, leuchtet ein, denn sie stellen ein potenzielles Gesundheitsrisiko dar. Saatgut dagegen ist ungefährlich abgesehen von genetisch



Sibylle Maurer-Wohlatz hat Mais, Bohnen und Kürbisse angepflanzt – in Mischkultur der alten indigenen Kulturen Lateinamerikas.

Foto © privat

verändertem Material. Hinter dem Entwurf stecken die wirtschaftlichen Interessen der großen Konzerne, die in Brüssel mit einem Heer von Lobbyisten Einfluss nehmen. Deshalb haben sich verschiedene NGO, auch der BUND, zusammengetan und eine Resolution gegen den Kommissionsentwurf veröffentlicht. Wichtige Infos sind auch auf unserer Website zu finden unter

www.bund-hannover.de

Und ich bitte alle Leser, diese Petition zu unterstützen:

<http://gruenlink.de/l3n>

CHRISTIANE HUSSELS
AG Land & Tier
christiane.hussels@arcor.de



Erwartungen an neue EU-Förderperiode

Förderpolitik in Niedersachsen 2014-2020 aus grüner Sicht

Sozial-ökologisches und innovatives Handeln finanziell unterstützen – so soll EU-Förderung in Zukunft aussehen. Bislang leitete das Land Fördermittel nach dem Gießkannenprinzip weiter und verschenkte dabei viel Geld oder investierte an den falschen Stellen. Bei der Veranstaltung EU-Förderung: So geht's grün! sprachen wir am 14. Juni 2013 mit etwa 50 Interessierten über zielgerichtete Förderung.

1,7 Milliarden Euro EU-Fördermittel stehen Niedersachsen in der kommenden Förderperiode von 2014 bis 2020 zur Verfügung. Das sind deutlich weniger Mittel als in der letzten Periode – vor allem EFRE (Strukturfond) und ESF (Sozialfond) werden drastisch gekürzt, der ELER (Landwirtschaftsfond) wird ebenfalls leicht reduziert.

EU-Förderfonds werden gekürzt

Auf drei Bereichen wird der Fokus im EFRE liegen: Innovationsförderung, Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit von kleineren und mittleren Unternehmen sowie CO₂-Reduzierung. Aus grüner Sicht ist erfreulich, dass die neue Landesregierung den Schwerpunkt der CO₂-Reduzierung höher gewichten wird, als eigentlich von der EU vorgesehen ist und zusätzlich die CO₂-Reduktion als Querschnittsziel in den beiden anderen Schwerpunkten



Foto © M-Daniel Ernst / Fotolia

Hintergrund geringerer Fördermittel bieten sie die Chance, Geld mehrfach zu investieren. Im ESF stehen Armutsbekämpfung, lebenslanges Lernen und Gleichstellung an erster Stelle. Die Mittel aus dem ELER werden einen entscheidenden Beitrag leisten, um die Agrarwende in Niedersachsen zu gestalten.

Konzepte müssen Landkreisgrenzen überwinden

Gesprächsbedarf gab es in Bezug auf die Landesbeauftragten. Niedersachsens Regionen sind sehr

unterschiedlich: In einigen gibt es gut funktionierende Zusammenschlüsse zur Entwicklung von Förderkonzepten, in anderen ist noch Potential für regional abgestimmte Entwicklungsprozesse. Ziel einer erfolgreichen Regionalförderung durch EU-Fördermittel muss es daher sein, die selbstverwaltete Organisation der Förderung zu unterstützen, anstatt durch eine konkurrierende Struktur einzuschränken. Konkret kann die Arbeit von Landesbeauftragten im Bereich der EU-Förderung in der Organisation zur Erarbeitung über Landkreisgrenzen hinausgehende regionaler Entwicklungskonzepte liegen. Es muss gewährleistet werden, dass die Landesbeauftragten in einem klar zu definierenden inhaltlichen Rahmen der Fachministerien, die die Verantwortung für die EU-Programme tragen, handeln.

Weitere Infos unter
www.maaret-westphely.de

MAARET WESTPHELY
Landtagsabgeordnete
maaret.westphely@lt.niedersachsen.de



Foto © GRÜNE

setzt. Zur Umsetzung einer effizienteren Wirtschaftsförderung werden revolvierende Fonds ein Mittel sein; also „sich selbst wieder auffüllende“ Fördertöpfe. Gerade vor dem

unterschiedlich: In einigen gibt es gut funktionierende Zusammenschlüsse zur Entwicklung von Förderkonzepten, in anderen ist noch Potential für regional abgestimmte Entwick-

Kernschmelze des Rechtsstaats

Die Merkel-Regierung versucht die Überwachungsskandale zu vertuschen

Seit Wochen streitet der Grüne Europaabgeordnete Jan Philipp Albrecht für eine schonungslose Offenlegung beiderseits des Atlantiks und für starke rechtliche Standards im Rahmen der EU-Datenschutzverordnung.

Die von Wistleblower Edward Snowden ans Licht gebrachten Erkenntnisse über die massenhafte und teils offenbar unrechtmäßige Überwachung aller Bürgerinnen und Bürger durch die Geheimdienste der Vereinigten Staaten und EU-Staaten zeigen deutlich, dass der freiheitliche Rechtsstaat am Abgrund steht. Große Teile der gesamten Internetkommunikation wurden automatisch analysiert und auf Monate gespeichert. Offensichtlich geschah dies nicht zum Zwecke der Terrorismusbekämpfung, sondern zur Spionage gegenüber demokratischen Staaten und ihrer Wirtschaft. Das Europäische Parlament hat noch vor der Sommerpause auf Drängen der Grünen Europafraktion eine umfassende Untersuchung der Programme „Prism“ und „Tempora“ eingeleitet. Es bedarf dringend einer schonungslosen Offenlegung und Aufklärung der dramatischen Grenzübertretungen von Geheimdiensten und Sicherheitsbehörden beiderseits des Atlantiks.

Zahlreiche Gesetze und Verträge werden verletzt

Die massenhafte Überwachung der Kommunikation von Bürgerinnen und Bürgern durch die Behörden der USA ist ein offener Verstoß



Jan Philipp Albrecht ist innen- und justizpolitischer Sprecher der Grünen im Europäischen Parlament

Foto © Fritz Schuhmann

gegen Artikel 17 des Internationaler Pakts über bürgerliche und politische Rechte. Der Zugriff auf Kommunikationsinhalte diplomatischer Vertretungen der EU verletzt außerdem das Wiener Diplomatenrecht. Jegliche Zusammenarbeit von EU-Mitglieds-Behörden mit der NSA in Bezug auf deren unverhältnismäßige Generalüberwachung verstößt gegen Artikel 16 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union.

Aber... Merkel und die EU-Kommission unternehmen nichts. Das ist ein weiterer Skandal!

Seit Wochen kommt kein konkreter Schritt, weder von der Bundesregierung, noch von der EU-Kommission. Dabei gäbe es die Möglichkeit,

etwa durch ein Vertragsverletzungsverfahren gegenüber EU-Staaten oder eine Beschwerde vor dem Internationalen Gerichtshof gegenüber den USA.

Aber Merkel, Friedrich & Co wollen sich nur über die Bundestagswahlen retten. Damit aber wird schwarz-gelb nicht durchkommen. Auch die Europäische Union wird umgehend handeln müssen, sonst verliert sie das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger.

JAN PHILIPP ALBRECHT
Europaabgeordneter
jan.albrecht@
europarl.europa.eu



Wir haben eröffnet - für eure Ideen

Büro der Landtagsabgeordneten im Grünen Zentrum



Einweihungsfeier des Regionalbüros

Foto © GRÜNE

Was am 1. Juni mit einem Straßenfest gefeiert wurde, ist bereits seit Ende Februar fester Bestandteil

des GRÜNEN Parteilebens in Hannover. Das Regionalbüro unserer drei Landtagsabgeordneten Maaret Westphely, Thomas Schremmer und Belit Onay, bringt Landespolitik in die Region Hannover.

– hier seid ihr genau richtig.

Das Regionalbüro befindet sich im Grünen Zentrum, Senior-Blumenberg-Gang 1 in der hannoverschen Innenstadt. Der Mitarbeiter im Regionalbüro, Pat Drenke, ist erreichbar unter:

Tel: 0511/7619978

Mail: Landtag@RegionsGruene.de

PAT DRENKE
Mitarbeiter der
drei Landtagsabgeordneten
Landtag@RegionsGruene.de



JETZT SCHLÄGT'S GRÜN!

Grosse Wahlkampfparty für den Wechsel

24. AUGUST 2013
ab **19.30 Uhr**

LIVE MUSIK mit Akkustixx Rock- & Pop-Coverband

ab 22.00 Uhr **DISCO** Alles was zählt: Rock, Pop & das Neueste von heute

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

Eintritt 5,- Euro
Im Black Horse
Bahnhofstr. 2, Burgdorf

Black Horse

Rezept für ein junggrünes Treffen

25 junge und grüne Mitglieder, die mitgestalten und mitdiskutieren wollen.

5 Tassen grüne Politik, die für ein ökologisches, soziales und gerechtes Hannover stehen.

250 ml grüne kreative Ideen, die etwas verändern wollen.

2 Teelöffel des Stadtvorstands, die es sich zum Ziel gesetzt haben die Vernetzung der jungen Mitglieder zu stärken.

Füge die „mit mach cream“ hinzu und streue das Zugehörigkeitsgefühl oben drauf.

Vergiss nicht den Schuss gute Laune.

Das nächste junggrüne Treffen ist für Herbst 2013 geplant. Für Fragen und Anregungen sind Mareike und Tobias unter mareike.rehl@gruene-hannover.de und tobias.leverenz@gruene-hannover.de erreichbar.

Besuch im türkischen Generalkonsulat

Die migrationspolitische Sprecherin der Regionsfraktion, Arifé Akcam-Hytrek, traf den türkischen Generalkonsul Mehmet Günay.



v.l.n.r.: Ronald Schütz, Mehmet Günay, Arifé Akcam-Hytrek

Foto© GRÜNE

Sein großzügiges Arbeitszimmer mit eigenen Bildern an der Wand gegenüber der Christuskirche bildete den Hintergrund für ein Kennenlern- und Arbeitsgespräch mit dem Türkischen Generalkonsul Mehmet Günay und der Regionsabgeordneten Arifé Akcam-Hytrek.

Beide erörterten die Lage der Migrantinnen und Migranten aus den verschiedenen Generationen von türkischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern in der Region Hannover. Mittlerweile wohnt bereits die dritte oder gar vierte Generation hier bei uns, betonte der Generalkonsul.

Schnell einig waren sich beide bei der Problembeschreibung der Inte-

gration und Sprachausbildung. Insbesondere die Arbeitslosigkeit der jungen Türkinnen und Türken, auch wenn sie einen deutschen Pass haben, macht dem Generalkonsul Günay Sorgen. Arifé betonte besonders die rechtzeitige Förderung zum Erwerb der deutschen Sprache bereits im frühen Kindergartenalter und nicht erst kurz vor der Schulreife. Hier sagte der Generalkonsul seine Unterstützung zu.

ARIFÉ AKCAM-HYTREK
Regionsabgeordnete
arife-akcam-hytrek@
t-online.de



MITGLIEDSBEITRÄGE UND SPENDEN

Wir freuen uns über jede Spende und sind von der regelmäßigen Zahlung der Mitgliedsbeiträge abhängig. Der Mitgliedsbeitrag beträgt ein Prozent des Nettoeinkommens. Beitragsanpassung dringend erwünscht! Hierzu reicht ein Anruf oder eine Mail. Auch Einzugsermächtigungen könnt ihr uns ganz einfach telefonisch oder per Mail (region@gruene-hannover.de) erteilen!

Bei Fragen meldet euch in der Geschäftsstelle.

I M P R E S S U M

Grüne Seiten sind das Mitteilungsblatt des Regionsverbands Hannover von Bündnis 90/Die Grünen, Senior-Blumenberg-Gang 1, 30159 Hannover.

An dieser Ausgabe haben mitgearbeitet: Arifé Akcam-Hytrek, Enno Hagenah, Carolin Jaekel, Sven-Christian Kindler, Brigitte Pothmer, Thorsten Fiebig, Norman Seibert, Michéle Eichhorn, Ronald Schütz, Jan Philipp Albrecht, Pia Kohorst, Jan Haude, Christiane Hussels, Martin Nebendahl, Maaret Westphely, Belit Onay, Thomas Schremmer, Günther Wulfert, Rahel Missal, Christian Gaius, Urs Mansmann.

Redaktionsteam: Julian Bühler, Janine Drolinvaux, Urs Mansmann, Norman Seibert, Elke Wohlfarth (V.i.S.d.P.).

Druck: Lister Copy,- und Büro-Service GmbH, 30177 Hannover

Gedruckt auf 100 Prozent Recycling-Papier. **Grüne Seiten** werden kostenlos an alle Mitglieder von Bündnis 90/Die Grünen Regionsverband Hannover verschickt. Ausgabe 04/13 erscheint voraussichtlich im Dezember 2013.



Bündnis 90/Die Grünen
Senior-Blumenberg-Gang 1
30159 Hannover
Tel. 0511/300 88 66,
Fax 0511/300 89 66
region@gruene-hannover.de
www.gruene-hannover.de

BFS: 25120510
Kontonr.: 8418700
IBAN: DE8525120510000845110
SWIFT/BIC: BFSWDE33HAN



DIE GRÜNE JUGEND TRIFFT SICH
JEDEN MITTWOCH UM 18.00 UHR
IM GRÜNEN ZENTRUM.

INTERESSENTINNEN SIND
HERZLICH WILLKOMMEN!

Schwein gehabt



© BLE, Bonn/Foto: Dominic Menzler

Ich bin schon länger Vegetarier, vor allem aus Zorn auf die Fleischindustrie, die die Tiere schlecht behandelt, mit Medikamenten mästet und das Grundwasser versaut. Außerdem hat mir die Umstellung der Ernährung geholfen, die vielen Kilos wieder loszuwerden, die ich gesammelt hatte, seit die Angst um meine Gesundheit größer wurde als die Lust am Rauchen.

Ab und zu stellt sich aber eine unbändige Lust auf ein Stückchen Fleisch ein, beispielsweise wenn ich für Freunde Schnitzel oder Würstchen auf dem Grill brutzeln muss. Wir sind ja schließlich keine grünen Spaßbremsen und kaufen zu solchen Gelegenheiten ganz bewusst die teuren Waren aus dem Bio-Landbau der Region, um unsere Gäste zu bewirten.

Wir haben jetzt einen grünen Landwirtschaftsminister, der einen tollen Job macht. Neue Tierschutzsiegel weisen den Weg zu einer tierfreundlicheren Landwirtschaft. In einem Fernsehbericht erklärte der NDR kürzlich, dass zu einer naturnahen Landwirtschaft auch Viehhaltung gehört. Eigentlich fiel damit der Grund für meinen Verzicht weg.

Ich begann noch während der Sendung, mit meiner Frau zu disku-

tieren. Wir sprachen über Billig- und Biofleisch und darüber, dass erst die Nachfrage nach fair hergestelltem Fleisch, die von uns nicht mehr kommt, dessen Herstellung möglich macht. Wir überlegten, ob unser Verzicht auf Fleisch womöglich gar nicht mehr sinnvoll ist, wenn Bauern traditionelle Nutztierhaltung mit viel Platz und Auslauf für die Tiere betreiben.

Und dann kam dieser verhängnisvolle Kameraschwenk. Von den ausgewachsenen Schweinen, die sich gemeinsam mit Spielzeug beschäftigten, hinüber zu den kleinen Ferkeln, die sich dicht an dicht drängelten und die Fernsehkamera neugierig beäugten. Die schauen verdammst süß aus. Ich verstummte und ließ das Bild auf mich wirken. Meine Frau sah mich plötzlich feindselig an. „Die willst du essen?!“ entfuhr es ihr.

Wenn ich unseren Grillgästen erkläre, warum sie bei uns künftig nur noch Tofu und Salat kriegen, muss ich wohl etwas ausholen.

URS MANSMANN
Bezirksrat Misburg-Anderten
urs.mansmann@gruene-hannover.de



TERMINE

Fr, 16.08. 15:00-18:00
Vegetarisch Grillen. Mit Christian Meyer, Sven-Christian Kindler und Lothar Schlieckau, Kröpcke

Fr, 16.08. 19:00-21:00
Die Sau ist uns nicht Wurst. Christian Meyer Martin Häusling und Wolf v. Nordheim. Beendigung der Massentierhaltung und neues Tierschutzgesetz, Neustadt - OT Schneeren

Fr, 16.08. 16:00-18:00
Niemand soll verloren gehen. Brigitte Pothmer, Landesbischof Ralf Meister u.a. Thema Jugendarbeitslosigkeit, Festsaal der Kultur-Werkstatt Süd, Hölderlinstraße 1, Hannover

Mi, 21.08. 19:00-21:00
Es geht um die Wurst?! Renate Künast und Abi Dogan sprechen über Agrarwende & Verbraucherinnenschutz, ASB Bahnhof Barsinghausen

Sa, 24.08. 19:30-open end
Jetzt schlägt's grün! Große Wahlkampfparty im Black Horse, Bahnhofstr. 2, Burgdorf

Mi, 28.08. 19:00-21:00
Spanien in der Krise? Sven-Christian Kindler, Jan Philipp Albrecht und Terry Reintke (Sprecherin der Federation of Young European Greens), Ahrberg-Viertel, Linden-Süd

Sa, 31.09. 11:00-16:00
Wir bewegen was! Fußballturnier mit Claudia Roth, Bundestagskandidaten, Landtagsabgeordneten und Lothar Schlieckau, Georgengarten - Jägerstraße, Hannover

Sa, 31.09. 13:00-19:00
Wir haben es satt! Demonstration und Schlachthof-Umzingelung in Wietze

Mo, 02.09. 20:00-22:00
ARD-TV-Duell Trittin, Brüderle, Gysi - Public Viewing im Biergarten Gretchen, Faustgelände

Di, 03.09. 19:00-21:00
Herdprämie oder Kita-Platz? Lothar Schlieckau und Frank Bsirske, Üstra-Remise

Mi, 04.09. 18:00-20:00
Wolf v. Nordheim im Gespräch mit Katrin Göring-Eckardt, Spitta-Platz in Burgdorf

Do, 05.09. 20:00-22:30
„ENTELKÖY EFEKÖY'e KARSI“ - Filmmatinee mit Claudia Roth und Sven-Christian Kindler, Apollo-Kino, Linden

Sa, 07.09.
Bundesweiter Aktionstag UmFairteilen

Sa, 14.09. 15:00-17:00
Wahlkampfhöhepunkt des Stadverbands mit Katrin Göring-Eckardt am Kröpcke

Do, 19.09. 18:00
Wahlkampfhöhepunkt des Landesverbands mit Jürgen Trittin und Lothar Schlieckau in Hannover am Kröpcke

So, 22.09. 08:00-18:00
Bundestagswahl, alle Stimmen für GRÜN, in deinem Wahllokal